



Zuerst prüfen, dann handeln – das ist nicht nur Kindern zu empfehlen.

«Warte, luege, lose, laufe»

Auch in der Politik eine gute Strategie



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat
Fraktionspräsident
Zell-Rämismühle

Kinder werden mit einem einfachen Spruch auf ein sicheres Verhalten im Strassenverkehr vorbereitet: «Warte, luege, lose, laufe». In den zehn Jahren im Kantonsrat habe ich die Erfahrung gemacht, dass diese vier Begriffe auch im politischen Alltag hilfreich sein können.

Bei einer dicht gefüllten Agenda ist es wichtig, immer wieder einen Moment Zeit zu nehmen zum Innehalten. Zu gross ist sonst die Gefahr, dass unsere Politik nur noch von Terminen und den Erwartungen anderer geprägt wird. Mir helfen solche Momente vom «Warte», mir wieder bewusst zu machen, weshalb ich mich politisch für die EVP engagiere. Ich schätze es dann wieder umso mehr, dass wir als EVP weder von Lobbyisten noch von Geldgebern abhängig sind. Dadurch sind wir frei, eine Politik zu machen, die möglichst vielen Menschen dient.

Zum «Luege» gehört es, aufmerksam und achtsam zu sein, gerade auch für Anliegen und Nöte von Menschen, die sonst niemanden haben, der sich für sie einsetzt. In der Bibel wird das Engagement für die «Witwen und Waisen» als wichtigste Aufgabe bezeichnet, in der die Liebe zu Gott sichtbar werden soll. Als EVP engagieren wir uns ganz bewusst für Benachteiligte und Schwache.

Es braucht den Weitblick, damit wir aufziehende Gefahren früh genug erkennen und entspre-

chend handeln können. So sieht z.B. die Entwicklung der kantonalen Finanzen gar nicht rosig aus. Wenn unerwünschte Sparpakete abgewendet werden sollen, müssen wir sehr weise unterscheiden zwischen Wünschbarem und Machbarem. Es ist verantwortungslos, nur ständig neue Forderungen zu stellen, was der Staat alles auch noch zu tun habe, und dabei die Kosten aus den Augen zu verlieren. Ebenso verantwortungslos ist es, jetzt die Steuern zu senken, wenn schon klar ist, dass in den nächsten zwei Jahren Hunderte Millionen im Staatshaushalt fehlen werden.

Als EVP-Fraktion ist das «Lose» ein zentrales Element in unserer Meinungsbildung. Das bewusste Hinhören hilft in der politischen Auseinandersetzung, die Bedürfnisse und Erwartungen anderer zu verstehen. Auch bei kontrovers diskutierten Themen ist es wichtig, nicht an vorgefassten Mei-

nungen festzuhalten. Nur so können politische «Gegner» für neue Lösungsansätze gewonnen werden. Für mich war dies stets ein Markenzeichen der EVP, man hört einander zu und versucht, auch unterschiedliche Meinungen zu verstehen und zu respektieren.

Wenn nach allem Lesen, Hinhören und Abwägen schliesslich eine Entscheidung getroffen wurde, fängt der Weg der Umsetzung an, das «Laufe».

Nach den Kantonsratswahlen kam mehrfach die Frage auf, was die EVP jetzt anders machen müsse, wenn sie nunmehr bei Abstimmungen im Parlament auf die eine oder andere Seite den Ausschlag geben könne. Die Antwort ist ganz einfach: Sie muss so weitermachen wie bisher. Überlegen, hinschauen, zuhören und dann mutig und entschlossen den eingeschlagenen Weg gehen.

EDITORIAL



Hanspeter Hugentobler
EVP-Kantonsrat, Schulpräsident, Präsident der Kantonalpartei Pfäffikon

Liebe Leserin, lieber Leser

Das vergangene Jahr 2019 geht als erfolgreiches Doppel-Wahljahr in die EVP-Geschichte ein. Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, Ihnen allen im Namen der Geschäftsleitung der EVP des Kantons Zürich ganz herzlich zu danken für das grosse Engagement und alle Unterstützung, mit denen Sie im vergangenen Jahr zum EVP-Erfolg beigetragen haben! Dass wir trotz grosser politischer Veränderungen nicht Verluste erlitten, sondern den Wähleranteil sogar steigern konnten, verdanken wir EVP-Freundinnen und -Freunden wie Ihnen, die mit uns oft seit vielen Jahren unterwegs sind und die durch alle politischen Stürme hindurch der EVP die Treue gehalten haben. Sie machen uns Mut, als EVP auch in Zukunft auf der Basis der christlichen Werte eine menschliche Politik für ein gutes Zusammenleben zu gestalten!

H. Hugentobler

Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Markt oder Staat im Wohnungsmarkt?



Nik Gugger
EVP-Nationalrat
Winterthur

Der indirekte Gegenvorschlag, den Rahmenkredit für die Stärkung der Trägerschaften des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf 250 Mio. Franken zu verdoppeln, hat zwar das Initiativkomitee nicht zum Rückzug veranlasst. Er hat aber die EVP Schweiz überzeugt. Deren Delegierte empfehlen mit 80 Nein zu 19 Ja ein NEIN-zur Initiative.

Günstig wohnen – das möchten alle, egal ob es sich um Miet- oder Eigentumswohnungen handelt. Noch vor wenigen Jahren herrschte Wohnungsnot. Mittlerweile sieht man häufiger Berichte über leer stehende Wohnungen. Der Wohnungsmarkt ist Zyklen unterworfen. Heute stehen wir an einem ganz anderen Ort als beim Einreichen der Initiative.

Die Initiative verlangt, dass künftig 10 Prozent der neugebauten Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden müssen. Zudem dürfen Mieten in solchen Wohnungen nach Sanierungen nicht ansteigen. Schliesslich sollen Kantone und Gemeinden Vorkaufsrechte für Grundstücke einführen, die sich für den gemeinnützigen Wohnungsbau eignen. Ein solches Vorkaufsrecht betrifft auch Grundstücke des Bundes und seiner Betriebe, insbesondere der SBB. Kantone und Gemeinden sollen dank dieser Massnahmen einfacher zu Land für günstige Wohnungen kommen

Die vorgeschlagenen Massnahmen greifen sehr stark in die Eigentums- und Wirtschafts-

freiheit ein. Zudem ist ein Ausbau der Bürokratie nötig, damit die vergünstigten Wohnungen den Bedürftigsten zukommen. Viel zu starr ist auch die 10%-Quote über das ganze Land, wo doch die Wohnungsnot nur in Ballungszentren spürbar ist. Viel besser funktioniert der bestehende Wohnaufonds. Er stellt Bauherrschaften, die günstigen Wohnraum erstellen, rückzahlbare Darlehen zur Verfügung. Damit der Wohnaufonds seine Aufgabe noch besser erfüllen kann, wird er von 120 auf 250 Millionen Franken aufgestockt. Bedingung dafür ist die Ablehnung der Initiative. Diese Bedingung möchte die EVP erfüllen. Solche Darlehen erreichen das Ziel viel besser als die allzu staatsgläubige Initiative.



Günstige Wohnungen sind nur in Ballungszentren Mangelware

IN KÜRZE

Farb- und Steinanschlag 2015 in Zürich
Ein Linksaktivist wurde über seine DNA als Mittäter und Steinwerfer beim Anschlag vor fünf Jahren auf das EVP Sekretariat an der Josefstrasse 32 in Zürich überführt. Die Gerichtsverhandlung fand am 7.11.2019 statt, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Botschafter-Ehre in Bern
Bei der Vereidigung zur neuen Legislatur wurde Nationalrat Nik Gugger, Winterthur, gleich von zwei Botschaftern begleitet. Sibi George, Indien, und Jacob Keidar, Israel, repräsentierten zwei Länder, die mit ihm eine enge Freundschaft pflegen.

Die reformierte Kirchensynode hat gewählt
Die reformierte Kirchensynode hat Michel Müller als Kirchenratspräsident und Daniel Reuter als Vizepräsident bestätigt. Neu ist Margrit Hugentobler, eine Reformerin mit viel Herz für die Sache und langjährige Synodale, in die Exekutive gewählt worden. Zum zweiten Vizepräsidenten der Kirchensynode wurde Michael Bänninger gewählt.



Margrit Hugentobler
neue Kirchenrätin
Pfäffikon

Haus der Demokratie
Trotz baulichen und betrieblichen Mängeln des Rathauses am Limmatquai lehnte eine grosse Mehrheit des Kantonsrats die EVP-Motion für ein neues Haus der Demokratie ab. Eine Renovation des alten Rathauses am Limmatquai genüge. Motionär Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon, titulierte das Rathaus als «denkmalgeschützte Rumpelkammer». Sicherheitstechnisch erfülle das Gebäude die Anforderungen längst nicht mehr.

ANZEIGE

Weingerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

Jetzt buchen: Neues Ferienhotel
Engelhorn im CVJM Zentrum Hasliberg.
www.cvjm-zentrum.ch | info@cvjm-zentrum.ch

cvjm HOTELS

Stimmfreigabe zur Änderung der Strafgesetze

Sollen Hass und Diskriminierung von Schwulen und Lesben strafbar werden?



Nik Gugger
EVP-Nationalrat
Winterthur

Um ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Schweiz 1994 im Strafgesetzbuch einen Anti-Rassismus-Artikel eingefügt. Dieser schützt insbesondere die Juden gegen Diskriminierung und Hetze. Diese besondere Strafnorm hat die Bundesversammlung 2018 um den Tatbestand von Hass und Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung erweitert.

Mit dieser Erweiterung der Rassismus-Strafnorm soll entschiedener gegen Diskriminierungen Homo- und Bisexueller vorgegangen werden. Konservative Kreise haben dagegen das Referendum ergriffen. Deshalb entscheidet nun das Volk.

Unteilbare Menschenwürde

Die EVP respektiert homosexuell veranlagte und empfindende Menschen. Auch sie haben uneingeschränkt Anspruch auf Achtung ihrer Menschenwürde. Hetze jeder Art gegen sie verurteilt die EVP. Die Menschenwürde und insbesondere auch Leib, Leben, Ehre und Eigentum dieser Men-

schen sind in gleicher Art und Weise strafrechtlich geschützt wie jene aller anderen Menschen. Braucht es da überhaupt noch neue Strafandrohungen, um sie speziell gegen Hass und Diskriminierung zu schützen? Zur Strafbarkeit von Hass und Diskriminierung von homosexuellen Menschen sind die Meinungen in der EVP geteilt.

Argumente für ein Ja

Ein Teil der EVP unterstützt die neue Strafnorm. Diese Gruppe befürchtet, dass Aufrufe zu Hass und Gewalt irgendwann zu Tötlichkeiten führen können. Kommt es zu Angriffen auf Leib, Leben und Ehre von Homosexuellen, ist es aber schon zu spät. Deshalb soll schon das Aufrufen dazu unter Strafe gestellt werden.

Argumente für ein Nein

Als EVP und Stimmberechtigte müssen wir abwägen, was schwerer wiegt: eine in Einzelfällen mögliche übertriebene Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit oder der Schutz der Persönlichkeit unserer homosexuellen Mitmenschen? Innerhalb der EVP halten viele das Strafrecht für das falsche Mittel zur Verteidigung der Menschenwürde Homosexueller. Indem man Homosexuelle unter einen besonderen Strafrechts-Schutz stellt, betone man gerade ihre Besonderheit und leiste damit ihrer Diskriminie-

rung allenfalls sogar Vorschub.

Rechtsgutachten Häner

Bestärkt in ihren Bedenken werden die Gegner durch ein Gutachten der Zürcher Rechtsprofessorin Dr. iur. Isabelle Häner. Sie hält fest, dass die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm um das Kriterium der sexuellen Orientierung unter Umständen aus Gewissensgründen verweigerte Leistungen kriminalisieren und das Feld des Sagbaren einschränken könnten. Nicht nur der Bäcker, der sich weigert, für ein homosexuelles Paar eine Hochzeitstorte zu backen, auch Adoptions- oder Partnervermittlungsstellen, die ihre Dienste nur heterosexuellen Paaren anbieten, könnten unter Druck geraten. Ebenso könnte es für Kirchen, die in ihren Glaubensdogmen Vorbehalte gegenüber der Homosexualität aufführen, heikel werden. Und wäre den Homosexuellen nicht sogar mehr gedient, wenn ihnen keine Sonderstellung durch die Gewährung eines besonderen strafrechtlichen Schutzes zukommen würde?

Stimmfreigabe

Die Abstimmung über die EVP-Parole in der Delegiertenversammlung ergab mit 46 Ja zu 40 Nein eine knappe Mehrheit für die Befürworter. Mit wenigen Gegenstimmen setzte sich dann aber die Parole für eine Stimmfreigabe durch.

Sie wollen im Alter selbstbestimmt und unabhängig leben – in Ihrer eigenen Mietwohnung!

Erstvermietung von 23 Wohnungen mit 2½ und 3½ Zimmer (68 – 100 m²)

Bezug ab 1. Oktober 2019 oder nach Vereinbarung

Sie bringen Ihre eigenen Möbel mit und richten Ihre Wohnung nach Ihren Bedürfnissen ein. Sie entscheiden, ob wir Ihre Wäsche waschen oder Ihre Wohnung reinigen. Und wenn Sie einmal nicht selber kochen wollen, geniessen Sie Ihre Mahlzeiten in unserem neuen Bistro. Das ist «Wohnen mit Service»!



Ausstattung

- Barrierefrei mit Balkon und Kellerabteil
- Niedrigenergiehaus
- Waschturm, Geschirrwashmaschine
- Gemeinschaftsräume
- Anschluss für Elektrofahrzeug

Service-Angebote

- Verpflegung
- Wohnungsreinigung
- Wäsche-Service



Fordern Sie unsere detaillierten Unterlagen an:

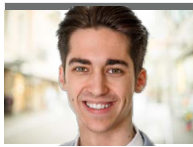
ZENTRUM RÄMISMÜHLE | Astrid Koller | Mühlestrasse 8 | 8487 Rämismühle
052 396 44 99 | astrid.koller@raemismuehle.ch | www.zentrum-raemismuehle.ch



LEBEN IM ZENTRUM

2× **Nein** zu extremen Steuerinitiativen

Weder Steuerloch noch Umverteilung



Dominic Täubert
Co-Präsident Junge EVP CH
Pfäffikon

Zwei Steuerinitiativen wollen die Berechnung der Einkommenssteuer ändern. Die beiden Initiativen könnten gegensätzlicher nicht sein. Die EVP lehnt beide ab.

Hinter der «Mittelstandsinitiative» steht der Jungfreisinn mit der Absicht, durch massive Steuerkürzungen seinem Ideal eines mageren Staates näher zu kommen. Die bereits zuvor lancierte «Entlastungsinitiative» der JUSO verfolgt mit einer starken Umverteilung von

Oben nach Unten ebenfalls die Kernideologie der Jungpartei.

Die «Entlastungsinitiative» möchte hohe Einkommen stärker besteuern, um mittlere und tiefe Einkommen steuerlich zu entlasten. Wachsende Ungleichheit stellt zwar eine Gefahr für eine demokratische Gesellschaft dar. In der Schweiz ist eine Umverteilung aber nicht nötig, da die Ungleichheit konstant auf relativ tiefem Niveau bleibt. Die EVP spricht sich deshalb klar gegen die Initiative aus. Die starke Anhebung der «Nullstufe» würde zudem ganze 20 Prozent der Bevölkerung von Steuern befreien. Das widerspricht dem Grundsatz eines breit abgestützten Staates.

Die «Mittelstandsinitiative» beabsichtigt demgegenüber massive Steuergeschenke insbesondere für die Reichen. Die EVP erteilt der Initiative einstimmig eine Abfuhr. Zürich bietet attraktive Lebens- und Wirtschaftsbedingungen mit angemessenen Steuern, es braucht deshalb keine Steuersenkung. Die Steuerverluste von jährlich 720 Millionen bei Kanton und Gemeinden würden mit einem Leistungsabbau die Bevölkerung schmerzlich treffen.

Nein zu beiden Initiativen

Die EVP empfiehlt beide Steuerinitiativen zur Ablehnung. Bei der Stichfrage kann angegeben werden, welche Initiative als weniger extrem beurteilt wird.

Ja zum Taxigesetz

Kantonale Regeln für Taxis und Limousinen



Beat Monhart
EVP-Kantonsrat,
Gossau

Personentransporte mit Taxis werden bisher von den Gemeinden geregelt, Personentransporte mit Limousinen überhaupt nicht. Neu soll der Kanton einheitliche Regeln für beide Transportarten erlassen. Die EVP empfiehlt einstimmig ein Ja.

Der Kanton wird neu praktisch für den gesamten Vollzug des Gesetzes zuständig, führt ein Taxiregister und stellt die Taxiausweise und Fahrzeugbewilligungen aus. Die Gemein-

den erteilen vor allem noch die Standplatzbewilligungen.

«Die Plakette ist ein Gütezeichen.»

Der Markt für Personenbeförderung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Dem trägt das neue Gesetz Rechnung. Für vergleichbare Angebote der Personenförderung sollen auch die gleichen Regeln gelten. Limousinen werden künftig mit einer Plakette gekennzeichnet, und die Anbieter von Limousinendiensten neu einer Meldepflicht unterstellt. Ausserdem müssen die durchgeführten Fahrten aufgezeichnet werden. So kann nicht zuletzt die Schwarzarbeit besser bekämpft werden.

Das neue Gesetz bleibt zurückhaltend und stellt nur faire Regeln für alle Marktteilnehmer auf.

Die einfache Mitfahrgelegenheit – Sharing Economy – ist wie bisher vom Gesetz ausgenommen. Für Limousinen mit Chauffeur werden lediglich eine Registrierungspflicht und das Anbringen einer Plakette vorgegeben. Die Plakette ist zudem ein Gütezeichen. Sie dient u.a. der Sicherheit der Passagiere, indem z.B. der Versicherungsschutz gewährleistet ist. Die grosse Anzahl Verzeigungen zeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Diesem wird mit einem zukunftsgerichteten Gesetz entsprochen, das auch neuen Angebotsformen Rechnung trägt.

ANZEIGE



Wahrhafte Qualität.

daniel sommer holzwerkstatt
8911 Rifferswil · sommerholz.ch



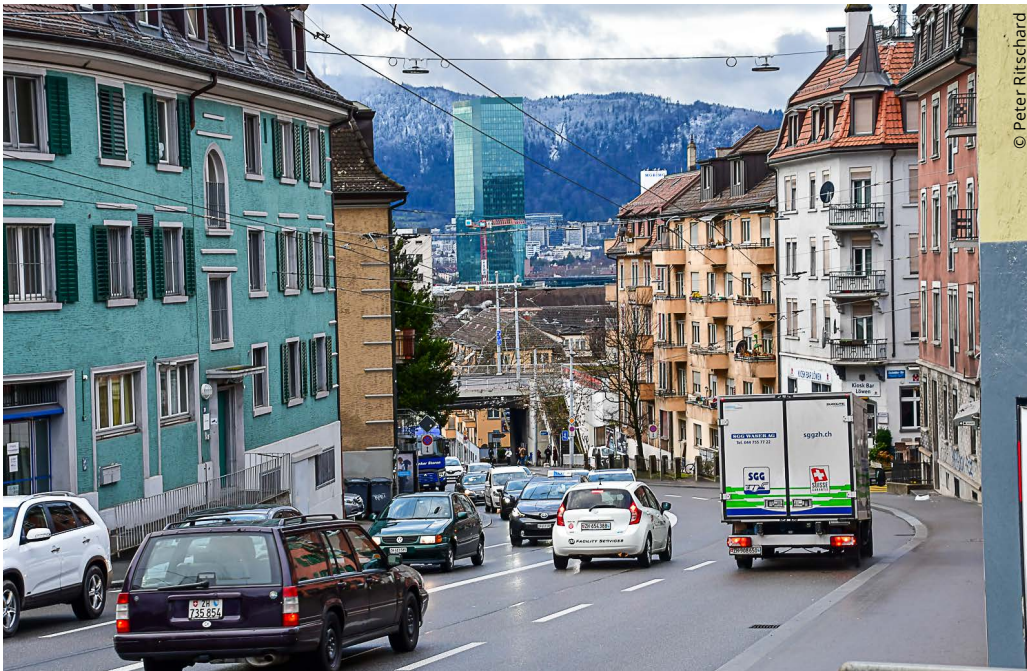
„Würz dir den Unterschied“



www.wuerzmeister.ch

2x Ja zum Rosengarten

Rosengartenprojekt – die einmalige Chance ergreifen!



© Peter Ritschard

Statt wie bisher 56 000 Motorfahrzeuge verkehren künftig oberirdisch nur noch 3 000 täglich im verkehrsberuhigten Rosengartenquartier.



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat
Affoltern a.A.

Jetzt oder nie! Höchste Zeit, die dornenvolle Geschichte des Rosengartens zu beenden, neues Stadtleben zum Blühen zu bringen und der Quartierbevölkerung und dem ÖV den dringend nötigen Lebensraum zu verschaffen!

Vor 50 Jahren wurden die Autobahn-Enden in Wiedikon und Schwamendingen provisorisch (!) quer durch die Stadt Zürich miteinander verbunden. Mit der Eröffnung der Westumfahrung konnte die Weststrasse beruhigt werden, Wiedikon ist «repariert». Der Rosengarten in Wipkingen ist jedoch mit bis zu 56 000 Fahrzeugen täglich eine der am stärksten befahrenen innerstädtischen Strassen der Schweiz. Staus und Verspätungen im öffentlichen Verkehr gehören seit Jahrzehnten zum Alltag. Zudem sind die angrenzenden Wohngebiete übermässigen Lärm- und Schadstoffemissionen ausgesetzt. Gleichzeitig ist die Rosengartenachse für den Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich und für den ganzen Kanton von zentraler Bedeutung. In ihrem Einzugsgebiet wohnt rund ein Fünftel der Bevölkerung und liegen fast 30 Prozent aller Arbeitsplätze im Kanton.

Autos in den Tunnel

Mit einem Rosengarten-Spezialgesetz und

einem Gesamtprojekt, das 1,1 Mrd. Franken kostet, soll die unhaltbare Situation nachhaltig verbessert werden. Ein Tunnel für die Autos macht den Weg frei für den oberirdischen Ausbau des ÖV sowie für den Fuss- und Veloverkehr. Es verkehren nur noch 3 000 statt 56 000 Fahrzeuge auf der abklassierten Rosengartenstrasse. Dank dem Tunnel kann der Strassenverkehr flüssig, siedlungsverträglich und sicher abgewickelt werden. Oberirdisch bestimmt die Stadt das Wie.

Maximal 56 000 Autos

Stadtrat und Regierungsrat haben zudem verbindlich vereinbart, dass die heutige Menge von 56 000 Motorfahrzeugen nicht mehr wachsen darf. Im Gegensatz zu früheren Versprechen ist diese Abmachung zuverlässig, da der Raum für den Autoverkehr nicht vergrössert, sondern verlagert wird. Zudem wird die Kapazität durch die Anschlüsse und die Ampeln vor und nach dem Tunnel bestimmt und damit auch begrenzt. Das Gesamtprojekt bietet die einmalige Chance, das seit Jahrzehnten getrennte Quartier wieder zu vereinigen.

«Das Gesamtprojekt bietet die wohl einmalige Chance, das seit Jahrzehnten getrennte Quartier wieder zu vereinigen.»

Rosengarten-Tram

Das neue Rosengarten-tram zwischen Albisriederplatz und Milchbuck schafft umweltfreundliche und umsteigefreie Reisemöglich-

keiten. Mit der faktischen Verdoppelung der ÖV-Kapazität kann das erwartete Mobilitätswachstum auf absehbare Zeit vollständig aufgenommen werden. Mit Bus statt Tram wäre dies nicht möglich. Gleichzeitig wird der stark ausgelastete Tram-Knoten um den Hauptbahnhof entlastet, indem weniger Fahrgäste über den Hauptbahnhof reisen. Ausserdem wird der Bahnhof Hardbrücke noch stärker ins städtische Tramnetz eingebunden.

«Dank dem Tunnel kann der Strassenverkehr flüssig, siedlungsverträglich und sicher abgewickelt werden. Oberirdisch bestimmt die Stadt das Wie.»

Deutliches Ja

An der Delegiertenversammlung der EVP Kanton Zürich wurde die Doppelvorlage heiss diskutiert. Die von städtischen Delegierten vorgebrachten Bedenken, die Beschränkung auf 56 000 Motorfahrzeuge täglich werde nicht eingehalten (vgl. dazu den Artikel der Stadtpartei auf S. 8), wurden von einer deutlichen Mehrheit nicht geteilt. Mit 43 Ja zu nur 13 Nein stimmten die Delegierten für ein Ja zu beiden miteinander verbundenen Vorlagen.

BEHÖRDENMITGLIED



© zVg

Prisca Wermuth Dudler

Mitglied der Schulpflege Richterswil-Samstagern

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich mich mit dieser Partei als Christin klar positionieren kann
- ... ich so christliche Werte wie Nächstenliebe und Ehrlichkeit in die Schule und in die Gesellschaft einfließen lassen kann
- ... die EVP meine politische Mitte-Haltung am besten abbildet.

Grössere EVP-Delegation – grösserer Einfluss?

Was die EVP als Teil der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP bewirken kann



Dank dem Aargauer Sitzgewinn besteht die EVP-Delegation im Nationalrat nunmehr aus (v.l.) Marianne Streiff BE, Nik Gugger ZH und Lilian Studer AG



Marianne Streiff
EVP-Nationalrätin
Präsidentin EVP Schweiz
Urtenen BE

Bis anhin gehörte die EVP ohne weitere Partner zur CVP-Fraktion. In den Nationalratswahlen 2019 wurde die EVP gestärkt und verfügt über 3 Mitglieder im Nationalrat. Für eine eigene Fraktion reicht dies nicht. Sie bleibt deshalb bei der CVP-Fraktion, neu aber zusammen mit den 3 BDP-Mitgliedern des Nationalrats.

Bezüglich Zusammenarbeit hat sich die Angliederung an die CVP-Fraktion in der vergangenen Amtsdauer bewährt. Völlig unbefriedigend war es für uns aber, dass der offizielle Name nur CVP-Fraktion hiess und wir dann plötzlich unter «CVP» in der Öffentlichkeit auftauchten bzw. untergingen.

«Wir wurden plötzlich für die CVP sehr attraktiv und sie war bereit, uns im Namen zu erwähnen.»

Nach den Wahlen 2019 standen wir vor der Alternative, zusammen mit der BDP eine eigene Kleinfraktion mit 6 Mitgliedern (Minimum sind 5) zu bilden oder uns wiederum einer grossen Fraktion anzuschliessen. Die BDP war nach dem Wahlschock nicht mehr motiviert, eine eigene

Kleinfraktion zu bilden. Weil mit der CVP, der FDP und den Grünen drei Parteien ähnliche Sitzzahlen erreichten, wurden wir aber plötzlich für die CVP sehr attraktiv und sie war bereit, uns im Namen zu erwähnen. Wir konnten eine gemeinsame Fraktion bilden unter dem Namen „Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP“. Die bisherigen Berichtserstattungen in den Medien haben bestätigt, dass es uns damit gelungen ist, als EVP öffentlich wahrgenommen zu werden.

Die Mitte hat Kraft

Mit der neuen Parlamentszusammensetzung hat die Mitte neue Kraft gewonnen. Es liegt an ihr, in welche Richtung ein Geschäft entschieden wird. Nun, wie wir wissen, sind wir nicht in allen Themen der gleichen Meinung wie die CVP. Das bedeutet, dass halt trotzdem nicht einfach nach unseren Wünschen Mehrheiten gefunden werden.

Kommissionen

Im Nationalrat wie auch in andern Parlamenten erfolgt die politische Knochenarbeit in den Kommissionen. Hier werden die anstehenden Geschäfte detailliert vorbesprochen und häufig auch bearbeitet, indem der Kommissionsantrag an das Plenum des Rates vom ursprünglichen Antrag des Bundesrates abweicht. Dabei erhalten sowohl die Kommissionsmehrheit als auch die Minderheit Gelegenheit, ihren Standpunkt im Rat zu begründen.

Angesichts der Bedeutung der Kommissionen

war es für die EVP sehr wichtig, von der Mitte-Fraktion interessante Kommissionssitze zu erhalten. Auch in dieser Hinsicht sind wir zufrieden. Wir werden in folgenden Kommissionen arbeiten:

- Nik Gugger; Aussenpolitische Kommission (APK, wie bisher) und Europarat (neu)
- Lilian Studer; Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)
- Marianne Streiff; Staatspolitische Kommission (SPK) und Geschäftsprüfungskommission (beide wie bisher)

Politische Schwerpunkte

In der neuen Legislatur stehen wichtige Geschäfte bevor: die Altersreform, Umweltthemen wie CO₂-Gesetz, Gletscherinitiative und Trinkwasserinitiative, das Rahmenabkommen mit der EU - um nur einige zu nennen. Wir werden uns weiterhin für soziale und ökologische Themen und Lösungen einsetzen.

EVP-Mitglieder

Die Unterstützung durch unsere EVP-Basis ist uns sehr wichtig. An uns gerichtete Anregungen nehmen wir gerne entgegen. Eine weitere Möglichkeit sich einzubringen ist die Delegiertenversammlung (DV). Dort wird die Haltung der EVP zu Abstimmungsfragen bestimmt. Auch nicht-delegierte Mitglieder können an der DV (ohne Stimmrecht) teilnehmen. Wir freuen uns über jedes Engagement unserer Mitglieder und danken euch allen ganz herzlich für euer Mittragen, in welcher Form auch immer.

Aktive EVP-Mitglieder in der Landeskirche

Wie Kirche und Politik sich gegenseitig bereichern



Renato Pfeffer
Sekretär Junge EVP ZH
Richterswil

Mitglieder der EVP engagieren sich stark in der Reformierten Landeskirche. Über die Mandate in den einzelnen Kirchenpflegen auf Gemeinde- und Bezirksebene hinaus sind einige auch in der kantonalen Kirche aktiv. Die EVP ist im Kirchenrat (2 von 7) und in der Synode (12 von 120) gut vertreten.

Als öffentlich-rechtliche Institution ist die Reformierte Kirche Zürich politisch ähnlich aufgebaut wie der Kanton selbst. Auf Kantonsebene übernimmt die Kirchensynode mit 120 Mitgliedern die Parlamentsaufgaben, der Kirchenrat ist die 7-köpfige Exekutive. Im Kirchenrat ist die EVP mit Daniel Reuter als Vize-Präsident und Margrit Hugentobler gut vertreten.

In der Kirchensynode gibt es keine Parteien. Die Mitglieder der Kirchensynode entscheiden sich erst nach der Wahl für eine der vier Fraktionen.

Es gibt die **Evangelisch-Kirchliche Fraktion (5 EVP)**, die sich für eine breite Beteiligung und eine an der Bibel orientierte Verkündigung einsetzt. Langjähriges Mitglied darin ist Bruno Kleeb, der auch das wichtige Amt des GPK-Präsidenten ausübt. Er ist gleichzeitig Vizepräsident der EVP Bauma. Sein Engagement in der

Synode sieht er nicht primär als politische Tätigkeit. «Die Arbeit auf beiden Ebenen ist aber sehr interessant und gegenseitig bereichernd.»

Die **Religiös-soziale Fraktion (4 EVP)** betont das Wächteramt der Kirche und tritt für Randgruppen wie Arbeitslose, Ausgegrenzte und Flüchtlinge ein. Tobias Adam, Präsident der Jungen EVP ZH, ist neu Mitglied. «Kirche und Evangelium sind politisch: der Mensch gewordene Gott ruft uns in den Dienst derer, die keine Stimme mehr haben.»

Der **Synodalverein (2 EVP)** setzt sich stark für die Diakonie ein und stellt aktuell auch mit Michel Müller den Präsidenten des Kirchenrates. Michael Bänninger, Gemeinderat der EVP Winterthur, ist aktuell 2. Vizepräsident der Synode.

Er sieht die zwei Ämter als gegenseitige Bereicherung: «Der politische Rucksack hilft bei der Arbeit in der Synode. Gleichzeitig ist die Synode ein guter Ort, um erste politische Parlamentserfahrungen zu sammeln.»

Zudem ist EVP-Mitglied Michael Wiesmann fraktionsunabhängig. Er will der Kirche eine politische Stimme in aktuellen gesellschaftlichen Fragen geben.

Die **Liberalen Fraktion (0 EVP)** betont die individuelle Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Eigenverantwortung der Gläubigen. Diese wird durch das politische System gewährleistet. Die Reformierte Kirche ist eine Kirche, die von unten nach oben organisiert ist.



Bergkirche Rheinau

© Margrit Wälti

VORSTÖSSE IM NATIONAL- UND KANTONS RAT

Amazonasgebiet.

Die grüne Lunge der Erde brennt

Mark Wisskirchen, Kloten, und Mitunterzeichnende der EVP-Fraktion, sind besorgt über das Ausmass der Brände im Amazonas-Gebiet. Sie verlangen in einer Anfrage vom Regierungsrat ein glaubwürdiges Handeln. Die Brände müssen gestoppt und die Wiederaufforstung muss vorangetrieben werden. Die indigene Bevölkerung muss nachhaltig gesichert werden. Solange Brasilien den Urwald nicht aktiv schützt, ist eine Unterzeichnung des handelspolitischen Mercosur-Abkommens nicht zu verantworten. (2019/283)

Nik Gugger, Winterthur, unterstützt dieses Anliegen mit einer Interpellation im Nationalrat. (19.4356)

Den Mangel an ökologisch wertvollen Magerwiesen beheben

Beat Monhart, Gossau, verlangt vom Regierungsrat, dass er aufzeigt, wie es im Kanton Zürich bis in 15 Jahren um die noch vorhandenen artenreichen Magerwiesen steht, wie diese langfristig gesichert werden können und wie er die für die Erhaltung der Biodiversität notwendige Fläche an Magerwiesen erreichen will. (2019/369)

Erweiterter Auftrag der Feuerwehren

Markus Schaaf, Zell, verlangt vom Regierungsrat eine Ergänzung der Feuerwehrverordnung. Damit soll die Erbringung von lebensrettenden Sofortmassnahmen neu zum Grundauftrag der Feuerwehr gehören. Bis jetzt kann nicht in allen Gemeinden sichergestellt wer-

den, dass die professionellen Rettungskräfte innert nützlicher Frist vor Ort sind. (2019/302)

Restaurative Justiz im Straf- und Massnahmenvollzug

Tobias Mani, Wädenswil, möchte in seiner Anfrage vom Regierungsrat wissen, wie er sich zum Thema restaurative Justiz stellt. Diese will erreichen, dass die Opfer und ihre Bedürfnisse bei der Verarbeitung von Straftaten ins Zentrum rücken. Der Kanton Zürich soll im Justizvollzug der Auseinandersetzung mit der Tat grössere Aufmerksamkeit schenken und diesbezüglich eine Vorreiterrolle übernehmen. (2019/372)

Details: parlament.ch und kantonsrat.zh.ch

Freiwillige Mitarbeit braucht Wertschätzung

Die Arbeit von Freiwilligen in den Quartieren der Stadt Winterthur ist unbezahlbar



Die attraktive Altstadt von Winterthur.



Sämi Müller
EVP-Gemeinderat
Winterthur

Die EVP-Fraktion hat mit drei Vorstössen die Wichtigkeit der freiwilligen Mitarbeit in der soziokulturellen Arbeit der Stadt Winterthur thematisiert. Sie fordert eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Winterthur wächst unaufhaltsam. Die Prognose: Im Jahre 2040 wird Winterthur von ak-

tuell 115 000 auf 135 000 Bewohnende angewachsen sein. In der Politlandschaft wird der Fokus darum hauptsächlich auf die grossen städtebaulichen Fragen gerichtet.

Als EVP-Fraktion sind wir aber der Meinung, dass wir es uns als Grosstadt nicht leisten können, die Bedürfnisse der Quartiere zu vernachlässigen. Aus diesem Grund haben wir drei Vorstösse erarbeitet und jüngst auch unter dem Titel «Quartiere stärken» überweisen können. Darin enthalten sind Themen wie:

- Wertschätzung der Freiwilligenarbeit
- Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen

privaten Quartierträgerschaften und öffentlich städtischer Verwaltung

- Wichtigkeit der Mitwirkungsverfahren für die Weiterentwicklung der Stadt.

Quartierträgerschaften und all ihre freiwillig Mitarbeitenden bilden ein unverzichtbares Gut. Sie beleben und bereichern die Stadt, indem sie die soziale Integration und Chancengleichheit fördern. Sie schaffen Beziehungen zwischen Generationen, unterschiedlichen sozialen Schichten, verschiedenen Kulturen sowie Verwaltung und Bevölkerung. Kurzum: Lebendige Quartiere tragen viel dazu bei, dass ein friedliches Zusammenleben gelingt.

STATEMENT



Angela Merkel

Deutsche Bundeskanzlerin

«Bevor ich nicht sicher bin, dass eine Entscheidung auch nach drei Tagen noch haltbar bleibt, spreche ich sie nicht aus. Ich habe 35 Jahre lang gelernt, dass um mich herum die offizielle Meinung eine andere als meine eigene war. Mit meiner Meinung war ich alleine oder mit ganz wenigen Menschen zusammen. Und deshalb erschüttert mich das nicht, wenn andere das anders sehen.»

Bundeskanzlerin Angela Merkel im Samstagsgespräch im TA vom 9. November 2019.

Rosengartentunnel Nein

EVP Stadt Zürich fürchtet Mehrverkehr



Ernst Danner
Präsident
EVP Stadt Zürich

Die EVP Stadt Zürich hat an ihrer Mitgliederversammlung mit klarer Mehrheit ein Nein zum kantonalen Spezialgesetz Rosengartenstrasse und -tunnel beschlossen. Grund dafür ist nicht das Tram, sondern der überbissene Strassentunnel, der Probleme nicht löst, sondern bringt.

1972 wurden Hardbrücke und Rosengartenstrasse als Provisorien gebaut. Mit der Nordumfahrung 1985 und der Westumfahrung inkl. Üetlibergtunnel 2009 hätte Entlastung kommen sollen.

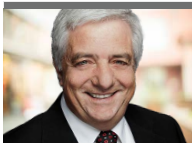
Das blieben leere Versprechen, die zeigen,

was Strassenerweiterungen bringen: mehr Verkehr. Das gilt auch für den Rosengartentunnel. Er bringt neu sechs statt vier Spuren zwischen Hardbrücke und Bucheggplatz. Die Rosengartenschneise wird durch den Abbruch von Häusern erweitert. Auf einigen Metern wird oberirdisch der Verkehr zwar beruhigt, aber nur scheinbar, die Strasse bleibt, viel Lärm auch. Beim Wipkingerplatz ergiesst sich die Verkehrslawine in die Stadt. Die nicht erfüllten Versprechen der Nord- und Westumfahrung lassen grüssen!

Das Tram wäre zwar gut, ist aber kein Muss. Es entlastet den Tramknoten Hauptbahnhof nicht, die bisherigen Linien und Intervalle bleiben. Die Buslinien vom Milchbuck nach Zürich-West sind noch ausbaufähig. Mit den SBB fährt man in 11 Minuten von Oerlikon nach Altstetten. Schneller als mit dem Tram!

Gebetsdienst im Bundeshaus seit 28 Jahren

Ein Gespräch mit Annette Walder über ihr besonderes Amt



Johannes Zollinger
Wädenswil

Vor 28 Jahren hat Beat Christen einen Gebetsdienst im Bundeshaus initiiert. Motiviert wurde er durch das Bibelwort 1. Timotheus 2, 1+2, wo Paulus dazu aufruft, für alle Menschen zu beten, vor allem für diejenigen in öffentlichen Ämtern und in Regierungsverantwortung, «damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen können».

Heute sind es vier Personen, zwei aus der Deutschschweiz und je eine aus der Romandie und dem Tessin. Aus der Deutschschweiz ist Beat Christen nach wie vor dabei und wird unterstützt von Annette Walder. Sie beten für die Bundesräte und -rätinnen, sowie für alle Personen, die sich im Bundeshaus bewegen, Sicherheitsleute, Parlamentsmitglieder, Bundesbeamte und -beamtinnen. Nur bei ganz brisanten Themen beten sie um Gottes Eingreifen bei einem politischen Geschäft. Diesen Dienst tun sie im Stillen, sind aber offen für Anliegen von Parlamentsmitgliedern, die bei ihnen deponiert werden. Diese können auch persönlicher Art sein. Es werden offensichtlich manche Sorgen aus dem Privaten nach Bern mitgenommen.

Annette Walder meint: «Ich denke, wir sind wohl die Einzigen im ganzen Haus, die von den Parlamentsmitgliedern nichts wollen, keine Stellungnahme, keine Rechtfertigung.» Auf eine entsprechende Frage erklärt sie, sie hätten tatsächlich noch nie ausserhalb des Bundeshauses gebetet wie etwa Billy Graham, der einst auf dem Rasen vor dem Weissen Haus niedergekniet sei und für den Präsidenten Harry Truman gebetet hatte.

Ihr Dienst während den Sessionen geschieht im Stillen. Konkrete Erfolgserlebnisse seien selten, aber manchmal berichte eine Person über den Verlauf einer zufriedenstellenden Diskussion. Wenn sie dann antworte, dass sie dafür gebetet habe, sei die Freude gross.

«Christsein an sich ist schon hoch politisch, wenn man seinen Glauben nicht nur in der Komfortzone einer Gemeinde lebt.»

Die Bundeshausbeteterin bezweifelt, dass die drei EVP- und das eine EDU-Mitglied in den politischen Geschäften kurzfristig eine Veränderung bringen werden. Aber in den Gesprächen sei es möglich. Ein Parlamentarier habe ihr einmal gesagt, dass man aktuell mit allen über Gott

sprechen könne. Ihr grosses Anliegen sei es vor allem, dass Gott und Jesus Christus im Parlament wieder salonfähig werden. Dazu Annette Walder: «Christsein an sich ist schon hoch politisch, wenn man seinen Glauben nicht nur in der Komfortzone einer Gemeinde lebt. Grundsätzlich finde ich, dass noch viel mehr Christen und Christinnen in öffentliche Ämter treten sollten.»

ZUR PERSON

Annette Walder
Geb. 1958
Wohnhaft in Maur ZH
Verheiratet mit Karl, 3 erwachsene Kinder
Reformierte Landeskirche
Bundeshaus-Beterin
ein Dienst des Vereins Pro Autoritas



Annette Walder ermutigt die Menschen im Bundeshaus mit Gebet.

EVP-Wettbewerb Gewinnen Sie!



Als 1. Preis winkt ein Gewürz-Abo «Gourmet» (Sie erhalten zu jeder Jahreszeit 3 passende Gewürze)

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Welche Fahrzeuge sollen im Rosengarten-Quartier künftig im Tunnel fahren? (S. 5)

Frage 2: Welche 3 Kantone haben eine EVP-Vertretung im Nationalrat? (S. 6)

Absender (Name, Vorname, Adresse, Mail):

Das EVPinfo ist super. Senden Sie es in Zukunft an:

Gewinner Ausgabe Nr. 156:
Kaspar Hans, Winterthur
Gewinner Ausgabe Nr. 157:
Sven Blaser, Affoltern a. A.

Einsendeschluss:
bis 29. Februar 2020

Senden an: EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpz.ch

nein-zur-juso-steuer-initiative.ch



«Die Entlastungsinitiative ist ein gefährliches Experiment für Kanton und Gemeinden. Darum sagt auch die EVP Nein zur Juso-Steuer-Initiative.»

Markus Schaaf

Vizepräsident EVP ZH, Kantonsrat, Fraktionspräsident

Umverteilung mit Gewalt

- Gefährliches Steuerexperiment mit ungewissem Ausgang
- Nicht durchdacht: Verschärfung der Heiratsstrafe
- Arme Gemeinden werden ärmer, Reiche werden reicher
- Beispiellose Steuererhöhung und Spitzensteuersätze

NEIN

zur Juso-Steuer-Initiative

Regierung und Kantonsrat empfehlen ein **NEIN**.



ANZEIGE

Verlockend, aber gefährlich

Am 9. Februar 2020 entscheidet das Zürcher Stimmvolk über die Juso-Steuer-Initiative. Regierungsrat, Kantonsrat, die Gemeinden, die Wirtschaftsverbände und die Parteien SVP, FDP, glp, CVP, EVP, EDU und BDP empfehlen die Ablehnung des Juso-Steuer-Experiments.

Die Juso geben vor, mit ihrer «Entlastungs-Initiative» die unteren Bevölkerungsschichten steuerlich zu entlasten. In Wahrheit ist die Initiative ein nicht durchdachtes und gefährliches Steuer-Experiment. Für die untersten Bevölkerungsschichten würde die Initiative keine Verbesserung bringen. Denn diese Per-

sonen bezahlen bereits heute keine Einkommenssteuern. Weil die Steuertarife ungleichmässig angepasst werden, führt die Initiative zudem zu einer Verschärfung der Heiratsstrafe.

Gefährliche Folgen

Bei den hohen Einkommen ist der Kanton Zürich bereits heute nicht besonders attraktiv. Die Initiative würde für Personen mit hohen Einkommen eine Mehrbelastung von bis zu 30 Prozent verursachen. Damit steigt die Gefahr, dass gute Steuerzahler den Kanton Zürich verlassen. Von den Vorteilen Zürichs kann auch profitieren, wer in einem der steuerlich attraktiven Nachbarkantone wohnt.

Schädlich für Gemeinden

Die Initiative würde auch die Ungleichheit zwischen den Gemeinden verstärken. Finanzschwache Gemeinden würden bis zu 9 Prozent ihrer Steuereinnahmen verlieren. Ziehen gute Steuerzahler weg, werden auch die finanzstarken Gemeinden verlieren. Diese gravierenden Verschiebungen würden den innerkantonalen Finanzausgleich überstrapazieren.

Am 9. Februar 2020 braucht es ein NEIN an der Urne zu dieser gefährlichen und undurchdachten Juso-Steuer-Initiative.

Mehr Information: www.nein-zur-juso-steuer-initiative.ch

Die Junge EVP setzt sich für einen allgemeinen Bürgerdienst ein

Eine eidgenössische Initiative wird bald gestartet



Auch Feuerwehrdienst würde als Bürgerdienst gelten



Renato Pfeffer
Sekretär Junge EVP ZH
Richterswil

Die *jev startet mit anderen Mitteparteien eine Initiative für einen allgemeinen Bürgerdienst. Damit sollen die aktuelle Dienstpflicht der Männer auch auf die Frauen ausgeweitet und zusätzliche Einsatzmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Junge EVP startet mit anderen Jungparteien eine Initiative zur Ausweitung der allgemeinen Dienstpflicht. In Zukunft sollen auch Frauen in der Schweiz Dienst leisten. Dass

hier dieselben Rechte und Pflichten für Männer und Frauen gefordert werden, ist bei der Jungpartei unumstritten. Ob der Bürgerdienst auch für Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz gelten würde, müsste ein Gesetz regeln.

Es geht um einen Dienst an der Gesellschaft und an der Umwelt. Analog zum heutigen Zivildienst soll der Bürgerdienst neben dem Militärdienst und Sozialeinsätzen auch in Form von Miliztätigkeiten wie Feuerwehr oder in einem politischen Amt in der Gemeinde geleistet werden können. Dadurch wird das Milizsystem in der Schweiz gestärkt. Die Unterschriftensammlung für die Initiative startet voraussichtlich im Frühling 2020.

EVP-Frauen sind besorgt wegen Altersvorsorge

Frauen bekommen meist deutlich weniger Rente als Männer

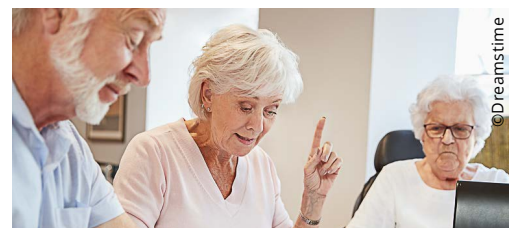


Pia Ernst
Präsidentin EVP-Frauen-
netzwerk, Wetzikon

Gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen fällt die Rente für Frauen im Schnitt 37 Prozent tiefer aus als jene der Männer. Bei der AHV ist die Differenz nur knapp 3 Prozent. In der 2. Säule sind es jedoch unglaubliche 60 Prozent.

Grund dafür ist unser nicht mehr zeitgemässes Rentenbeitragssystem: In der 1. Säule (AHV) sind nichterwerbstätige verheiratete Frauen

über die Beiträge ihrer Ehemänner versichert. Ausserdem kennt die AHV Erziehungsgutschriften für Personen, die Kinder unter 16 Jahren betreuen. In der 2. Säule fehlen diese Regelungen. Das führt zu empfindlichen Einbussen bei der Pensionskassenrente. Ausserdem spielen hier Faktoren wie Rollenteilung, Erziehungspausen, Lohnunterschiede und Höhe des Erwerbsarbeitspensums eine sehr grosse Rolle. Fehlt es an Erspartem, ist die Altersarmut für viele Frauen eine reale Gefahr. Heute verfügen nur 55 Prozent der Frauen über eine berufliche Vorsorge. Auch wenn eine solche besteht, sollte das Pensum während der ganzen beruflichen Laufbahn durchschnittlich mindestens 70 Prozent betragen.



Frauen müssen im Alter oft jeden Rappen drehen

**Das EVP-Frauenetzwerk lädt ein
Donnerstag, 27. August 2020**

«...damit das Älterwerden nicht zur Falle wird» – zwischen persönlichem Wohlbefinden und sozialer Sicherheit.

ANZEIGE

psw.
DESIGN | WEB | SIGN

**Ihre Kandidatin ...
... für Ihre Werbung**

Tel. 044 864 40 40 | mail@psw.ch | www.psw.ch

Kienast
Immobilien Verwaltung

Walter Kienast
Marktgasse 66
8400 Winterthur
Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32

Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch



AGENDA

Stammtisch *jevz ZH

14. Januar 2020, 19.00 Uhr
renato.pfeffer@evpz.ch

Fokustag «Ehe für alle»

1. Februar 2020
9.30–16.00 Uhr
EGW, Nägeligasse 9, Bern

EVP-Kurs Adressverwaltung

Achtung: Donnerstag
6. Februar 2020, 18.15 Uhr
Josefstrasse 32, Zürich
david.blatter@evppev.ch

Abstimmungen

9. Februar 2020

Justiz und Recht: Stammtisch

24. Februar 2020, 18.30 Uhr
Zeughauskeller, Zürich

EVP-Kurs Webmaster

2. März 2020, 18.15 Uhr
Nägeligasse 9, Bern
david.blatter@evppev.ch

101. ord. DV EVP Schweiz

14. März 2020, 10.00 Uhr

103. ord. DV EVP Kanton Zürich

28. März 2020, 9.00 Uhr
Ref. Kirchgemeindehaus
Kirchstrasse 2, Adliswil
sekretariat@evpz.ch

Treffpunkt Politik für Seniorinnen und Senioren

2. April 2020, 14.00 Uhr
Kirchgemeindehaus
St. Peter-Hofstatt 6, Zürich

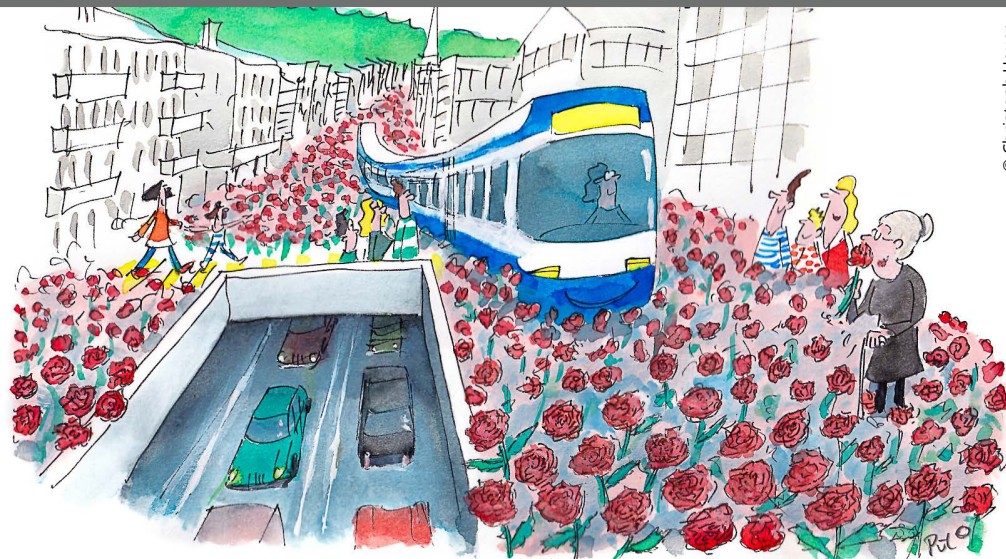
Stammtisch *jevz ZH

7. April 2020, 19.00 Uhr
renato.pfeffer@evpz.ch

Weitere Details unter: www.evpz.ch

sekretariat@evpz.ch, Tel 044 271 43 02

CARTOON



© Christoph Heuer

Die «Reparatur» des Rosengartenquartiers in Zürich lohnt sich. Sie ist zwar nicht billig, das Quartier wird aber seinem romantischen Namen wieder gerecht, auch wenn statt wie früher Pferdekutschen schnittige Trams durchfahren.

PAROLEN

Abstimmung vom 9. Februar 2020

KANTON

JA Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen

Rosengarten tram und Rosengartentunnel

JA A. Gesetz (Rosengarten-Verkehrsgesetz)

JA B. Rahmenkredit

Details: www.evpz.ch (Wahlen/Abstimmungen)

Übersicht: www.zh.ch (News/Medienmitteilungen/Abstimmungsvorlagen vom 9. Februar)

KANTON

Steuergesetz-Initiativen

Nein A. VI «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)»

Nein B. VI «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»

Stichfrage weniger extreme Initiative auswählen

BUND

Nein VI «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Stimmfreigabe Änderung Strafgesetze

JETZT MITGLIED WERDEN!

Nicht grundlos sind wir die «Evangelische Volkspartei». Unsere evangelische Grundhaltung vertreten wir im politischen Alltag und lassen diese in Gesetze einfließen. Ob Mitglied in der Landes- oder einer Freikirche: Teilen Sie mit uns die Verantwortung für die Öffentlichkeit!

☎ 044 271 43 02 ✉ sekretariat@evpz.ch 🌐 www.evpz.ch

Impressum

Redaktion: Mark Wisskirchen (mawi), Kloten. **Redaktionsteam:** Jörg Altorfer (ja), Zürich, Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Hanspeter Hugentobler (hph), Pfäffikon, Peter Reinhard (pr), Kloten, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Peter Ritschard (pri), Zürich, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Pia Ernst, Wet-zikon, Nik Gugger, Winterthur, Beat Monhart, Gossau, Sämi Müller, Winterthur, Markus Schaaß, Zell, Ernst Danner, Zürich, Dominic Täubert, Pfäffikon, Marianne Streiff-Feller, Urtenen, **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpz.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpz.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserta-te@evpz.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Gestaltung:** PS Werbung AG (psw.ch), Bachenbülach. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **Postkonto:** 87-467939-4. **WEMF-beglaubigt:** 36 568 Ex. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.

